

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung
bei Post monatlich RM. 2.30, durch Verlags-
RM. 2.30 einl. 48,44 Kpl. (ohne
Vorkaufszahlung) bei Lebenszeit wöchentlich.
Vertrieb: Einzel-Nr. 10 Kpl., bei gleichzeitiger
Bestellung d. Morgen- u. Abend-Ausgabe 15 Kpl.

Druck u. Verlag: A. Lepke & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 38/32. Fernruf 25231. Postfachkonto 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Unterschiedsgerichte Dresden und des Schiedsamtbes
Oberverwaltungsamt Dresden

Kapitalgesellschaften, Einzel-Nr. 1, 1000000
(20 von 100) 11,4 Kpl. Nachhilfe nach Gesetz N.
Baukostenzuschüsse u. Günstigkeitszuschüsse
1000000 4 Kpl. 1000000 4 Kpl. — Nachhilfe
nach mit Zustimmung des Dresdner Ratstages.
Unveränderte Schriftsätze werden nicht angenommen

Ausehenerregende Enthüllungen

Bürckel rechnet mit Schuschnigg ab

Die erste Wahlkundgebung im deutschen Oesterreich

Wien, 24. März.

Mit einer gewaltigen Kundgebung im großen Saal des Konzerthauses in Wien, an der ganz Oesterreich im Rundfunk teilnahm, wurde am Donnerstag der Wahlkampf in der alten deutschen Ostmark eröffnet. Der Beauftragte des Führers für die Durchführung der Volksabstimmung, Gauleiter Bürckel, wandte sich in einer aufsehenerregenden Rede an die Oesterreicher, denen er die Größe der am 10. April zu fallenden Entscheidung mitreisend vor Augen stellte. In seinen pathetischen Ausführungen rechnete Gauleiter Bürckel schonungslos mit dem Verräter Schuschnigg ab, dessen vaterlandsloses Verhalten er mit überraschenden Enthüllungen belegte und dessen mißbrauchten Begriffen „Frei, sozial und christlich“ er die wahre Erfüllung solcher Forderungen im Dritten Reich gegenüberstellte.

Die noch verbliebenen Letzten

Mit zu den stärksten Beweisen der Richtigkeit nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassungen gehören die Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wer hätte 1932 zu hoffen gewagt, daß in wenigen Jahren die Heeresarmee der zehnjährigen Feiern der Vergangenheit angehören würde und statt des angeblichen Juwels an Kräften sich auf verschiedenen Gebieten ein solcher Mangel herausstellen könnte, daß wir zum Beispiel in der Landwirtschaft gezwungen sind, unsere Grenzen zu öffnen und ausländische Kräfte hereinzunehmen. Unser Beschäftigungsgrad ist höher als jemals vor dem Kriege. Praktisch gibt es in Deutschland keine Arbeitslosigkeit mehr: Ausgerechnet in dem armen Deutschland nicht, während in den sogenannten großen Demokratien mit ihren unerhörten natürlichen Reichtümern zur selben Zeit Millionenarmen vorhanden sind, die vergeblich darauf warten, die Hände regen zu dürfen, ihre Arbeitskraft verwenden zu können und am Wochenende eine Lohnkarte nach Hause zu tragen, die die Familie vor Not und Elend bewahrt. Das sind die Länder, in denen kommunistisch-marxistische Agitatoren und jüdische Heber noch immer mit der Behauptung haushieren gehen, der Nationalsozialismus regiere gegen die Arbeiterschaft. Dort liegen heute noch die Arbeiter auf der Straße, nicht wissend, wie sie ihre Miete bezahlen und den Hunger stillen sollen. Wir hingegen kämpfen bereits die Verurteilung durch, um zu ermitteln, ob Wertarbeit, die einen Arbeitsplatz besitzen, nicht besser auf einen anderen gestellt werden, wo sie zum Wohle der Volksgemeinschaft auf Grund ihrer Vorbildung und ihres Könnens höhere Leistungen erzielen würden.

Praktisch sind keine menschlichen Reserven mehr vorhanden. Durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist eine sehr ins Einzelne gehende Aufgliederung der noch nicht Untergebrachten erfolgt, um auf Grund eines verfeinerten Verfahrens auch den letzten Rest zu erfassen. Seit einer Reihe von Monaten gliedert die Reichsanstalt in ihren Veröffentlichungen die Arbeitslosen nach Gruppen auf. Wir können von denen ablesen, die nur vorübergehend bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, da ihre Beschäftigung den üblichen Saisonverhältnissen unterliegt oder da sie sich am Samstag gerade im Zustand des Arbeitsplatzwechsels befinden. Ihre Unterbringung macht kein Kopfzerbrechen, sondern findet laufend seine natürliche Erledigung. Schwieriger ist es schon bei denen, die in Gebieten ihren Wohnsitz haben, deren Erwerbslosenzahlen infolge der Strukturveränderung der deutschen Volkswirtschaft ständig über dem Reichsdurchschnitt liegen. Auch Sachsen fällt leider darunter, und wir kennen die unablässigen Bemühungen unseres Gauleiters und des sächsischen Wirtschaftsministers Vent sowie der einschlägigen Parteibehörden, Aufträge nach Sachsen zu bekommen, sowie die Abwanderung von Werken zu verhindern. Im allgemeinen hat sich gezeigt, daß nur ein geringer Teil der voll einsatzfähigen Arbeitskräfte regional austauschbar ist, das heißt, in andere Gebiete des Reiches übergestellt werden kann. Im Reichsdurchschnitt führte dieses Verfahren nur bei einem Drittel der männlichen voll einsatzfähigen Kräfte und bei einem Sechstel der weiblichen zum Erfolge. Die mangelnde Ausgleichsfähigkeit von Bezirk zu Bezirk erweist sich somit als ein sehr ernstes Demniss. Nun sind aber von der Reichsanstalt solche Zahlen veröffentlicht worden, die sich mit dem schwierigsten Schmerzkind der Arbeitsvermittlung beschäftigen, nämlich den beschränkt einsatzfähigen Arbeitslosen. Das sind Gruppen, um die man sich in den kapitalistischen Ländern bisher überhaupt nicht kümmert. Dort nimmt man ihr Vorhandensein einfach mit fatalistischem Gleichmut als etwas Unabwendbares hin. Wir hingegen lassen auch diese nicht außer acht.

Es handelt sich um Personen, die mindestens noch zu einem Drittel erwerbsfähig sein müssen, da sie sonst aus der Arbeitslosenstatistik ausfallen. Betrachtet man nun ihre Gesamtzahl, so geben die Veröffentlichungen der Reichsanstalt den Ausschluß, daß von den etwas über 500 000 Arbeitslosen, die wir in Deutschland noch haben, nicht weniger als 215 000 zu den beschränkt Einsatzfähigen gehören. Das sind also

Heute abend Beginn unseres neuen Romans:

Die Fahrt nach Baden-Baden

Von Carl Otto Windecker

(Fortsetzung auf Seite 2)

Nach begrüßenden Worten des Landesleiters der NSDAP in Oesterreich, Minister Dr. Klausner, begann, von stürmischen Beifällen empfangen, Gauleiter Bürckel seine Rede.

Saar und Oesterreich

Einleitend wies er darauf hin, daß er vor einem halben Jahre zum Urteilstand vor den Reichsdeutschen Wiens gesprochen habe und erinnert dabei daran, daß der damalige Bundeskanzler Schuschnigg seine Anwesenheit als einen unheimlichen Akt des Reiches erklärt hatte, da er doch durch den Saarkampf „befreit“ sei. Der letzte Bundeskanzler von Oesterreich habe damit bekannt, daß es ihm leid tat, daß der Saarkampf gewonnen worden sei. Der Bundeskanzler hätte also, wenn er Saarländer wäre, nicht zu jenen gehört, die dem Appell des Blutes gefolgt waren. — Gauleiter Bürckel wies dann auf die Parallellität der Erscheinungen an der Saar und in Oesterreich hin. Dort hätten Juden und Bolschewisten den Kampf geführt, hier seien es die gleichen oder ähnlich verpflichtete Kräfte, die im Zeichen der Internationale oder sonstwie sich ergänzender Mächte ständen.

Mag Braun telegraphierte an Schuschnigg

Zum Beweis dafür verlas der Redner ein Telegramm des Reichsführers des Saarkampfes Mag Braun an den Bundeskanzler Schuschnigg nach dessen Verratsrede vom 11. Februar, in dem Mag Braun feststellte, daß der Sieg in Wien und Oesterreich das Signal der großen „Freiheitskämpfe“ in ganz Deutschland sein werde.

Habe man an der Saar die Frage gestellt: Wist du für eine freie unabhängige Saar? so stelle man in Oesterreich die Frage: Wist du für ein freies, unabhängiges Oesterreich? Die Schande der Fragesteller sollte, so betonte Gauleiter Bürckel unter stürmischem Beifall, also gerechtfertigt werden durch ein Bekenntnis zu der in aller Welt so salonfähigen „demokratischen Freiheit“.

Unser Volk, unser Reich, unsere Ehre, so stellte der Redner dann fest, bedürfen zu ihrem Schutze ausschließlich der deutschen Freiheit, und diese werde auch hier in Oesterreich sichergestellt, selbst auf die Gefahr hin, daß die jüdischen Nihilisten ihrer eigenen demokratischen Freiheiten gezwungen sein werden, Wien zu räumen!

„Ich verspreche“, so rief Gauleiter Bürckel aus, „das Verbleiben jüdischer Freiheit und Ausübung auf der einen Seite und deutschem Behauptungsrecht andererseits unter allen Umständen zu ordnen, aber dann um so gründlicher auszubalancieren.“

Schuschniggs Bettler-Sozialismus

Gauleiter Bürckel teilte die dann mit scharfen ironischen Worten des Verräters Schuschnigg Forderung nach einem „sozialen“ Oesterreich und erklärte, Herr Schuschnigg sei bestimmt schon lange sozial, und zwar gründlich sozial, denn schon lange gebe es Bettler hier und dazu seien es immer mehr geworden. Je mehr Bettler, je sozialer habe wohl Herr Schuschnigg sein wollen.

An Stelle dieses unverbindlichen nichtssagenden „sozial“ gebe es für uns den verpflichtenden Sozialismus. Sozialismus bedeutete für uns nicht, Bettler zu verschonen, sondern zu verhindern, daß Menschen zu Bettlern würden, indem man ihnen Arbeit gebe.

Am 20. Februar hat der Führer vor dem Deutschen Reichstag ein Bild über die Praxis des deutschen Sozialismus gegeben. Daraus ergibt sich eindeutig, daß sich die deutsche Wirtschaft im Laufe von knapp fünf Jahren von tiefer Depression erholt hat und zu höchster Leistungsfähigkeit geführt wurde. Vier Tage später hat Herr Schuschnigg ein Bild über die Wirtschaftslage in Oesterreich gegeben. Dabei war weniger interessant, was Herr Schuschnigg gesagt hat, als das, was er vergessen hat.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Chamberlain hat den Glauben an Genf verloren

Die außenpolitische Erklärung des englischen Ministerpräsidenten vor dem Unterhaus

London, 24. März.

Der englische Ministerpräsident Chamberlain gab am Donnerstag im Unterhaus seine mit großer Spannung erwartete Erklärung zur Außenpolitik ab. Er beschränkte sich darin vor allem mit der Genfer Liga, mit der Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Reich, mit der inneren und außenpolitischen Lage der Tschechoslowakei und mit den englisch-italienischen Beziehungen.

Nach einem Hinweis darauf, daß die fundamentale Grundlage der englischen Außenpolitik in der Erhaltung des Friedens und der Schaffung eines Vertrauens auf seine Erhaltung bestehe, betonte Chamberlain u. a.:

England kann kämpfen

Das bedeutet nicht, daß uns nichts zum Kämpfen bringen würde. Wir sind durch gewisse Vertragsverpflichtungen gebunden, die uns unter Umständen die Notwendigkeit zum Kämpfen auferlegen. Auch gibt es gewisse Lebensinteressen Englands, für die wir im Falle ihrer Bedrohung zur Verteidigung der britischen Gebiete und ihrer lebenswichtigen Verbindungen kämpfen würden. Ferner gibt es andere Fälle, in denen wir vielleicht kämpfen würden, nämlich wenn uns in denen wir vielleicht kämpfen müßten oder sonst ein für alle klar würde, daß wir kämpfen müßten, die Fortführung jener mal die Hoffnung aufgeben müßten, die Fortführung jener Dinge abzuwenden, die wir am höchsten schätzen, nämlich unsere Freiheit und das Recht, unser Leben so zu leben, wie es unserer nationalen Tradition und unserem Nationalcharakter entspricht.

Glaube an Genf tief erschüttert

Wann hat die Mehrheit des englischen Volkes geglaubt, in der Genfer Liga ein Instrument gefunden zu haben,

das den Frieden erzwingen kann. Mein ursprünglicher Glaube an Genf als ein wirksames Instrument für die Erhaltung des Friedens ist tief erschüttert.

Es gibt aber keinen Grund, warum wir den Gedanken des Völkerbundes aufgeben sollten. Wir müssen doch sicherlich hoffen, daß wir versucht haben, Genf eine Aufgabe zu geben, die zu lösen keine Kräfte überhätten. Das beste sei, so sagte Chamberlain weiter, wenn wir die Genfer Liga wieder gesund pflegen, da ihre ursprünglichen Ziele richtig gewesen seien.

Zu Oesterreich „nichts hinzuzufügen“

Chamberlain kam dann auf Oesterreich zu sprechen. Die britische Regierung, so sagte er, hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die tatsächlichen Ereignisse in Oesterreich eine neue Lage geschaffen haben. Wir haben bereits unser Urteil über die Handlung der deutschen Regierung abgegeben und haben nichts hinzuzufügen. Aber die Folgen bleiben noch immer. Es hat eine tiefe Störung des internationalen Vertrauens gegeben (?). Daher besteht das Problem, vor dem Europa steht, und dem nach Ansicht der britischen Regierung es dringender seine Aufmerksamkeit zuwenden muß, darin, wie dieses erschütterte Vertrauen wieder am besten herzustellen ist.

Mahnung an Prag

Am meisten schwebt uns die Frage der Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei vor. Es ist wahrscheinlich, daß eine Lösung dieser Frage, wenn sie erzielt werden könnte, sich weitgehend dahin auswirken würde, daß Gefährdung der Stabilität in einem sehr viel größeren Gebiet wiederhergestellt, als in dem unmittelbar betroffenen.

(Fortsetzung auf Seite 2)